

MITTELSTAND

# Verbohrt

Der badische Tunnelbauer Herrenknecht muss erleben, wie sein einst schwarzes Musterländle grün-rot wird. Wie viele Unternehmer im Südwesten zeigt er sich vorerst erschüttert.

Es gibt allerlei, wovor man in São Paulo Angst bekommen kann: Verkehrschaos, Elend, Schießereien. Doch der badische Unternehmer Martin Herrenknecht fürchtet sich sogar in der brasilianischen Elf-Millionen-Metropole hauptsächlich vor einer Plage: Claudia Roth.

Es ist erst ein paar Stunden her, dass bei ihm zu Hause in Baden-Württemberg

sich am liebsten selbst eingraben, irgendwo im Nirgendwo. Wahlweise natürlich noch besser Claudia Roth.

Herrenknecht ist Mitglied der CDU, die nach 58 Jahren die Macht in Stuttgart abgeben muss. Er hat den früheren CDU-Ministerpräsidenten Lothar Späth in seinem Aufsichtsrat, setzte zuletzt ungefähr eine Milliarde um und ist einer jener Tüft-

die ihre Feindschaft bislang mit Hingabe pflegten, sind in Baden-Württemberg künftig aufeinander angewiesen: hier die Weltmarktführer, da die so geschmähten Weltverbesserer. Maschinenbauer contra Bio-Utopisten.

Nach dem spontanen Schock meldeten sich vergangene Woche die ersten Wirtschaftsleute: der Hugo-Boss-Chef, der Bosch-Boss, der Maschinenbauer Leibinger – alle konsterniert. Aber mittendrin im Gefecht, laut wie kein anderer, steht Tunnelbauer Herrenknecht, der auch im Großkonflikt um Stuttgart 21 kräftig austeilt. Als „Kindsköpfe“ hat er die Gegner des Bahnhofsneubaus beschimpft. „Die größte Kanaille von allen“ war für ihn der Schauspieler Walter Sittler, der dem Protest lange ein Gesicht gab. Wer es gut mit Herrenknecht meint, nennt ihn authentisch.

Eigentlich wollte er daheim in dieser Woche einen 45-Millionen-Euro-Vertrag für die Lieferung von zwei neuen Bohrmaschinen und Förderbändern besiegeln. Spätestens ab Mitte nächsten Jahres sollten sie den rund neun Kilometer langen Tunnel vom Stuttgarter Flughafen in die Innenstadt fräsen. Daraus wird erst mal nichts.

Bis Mai will die Deutsche Bahn das Projekt nicht weiter vorantreiben. Bis sich die neue Regierung gefunden hat (siehe Seite 24 und 32). Dann wird wöglich das Volk entscheiden, ob er graben darf wie überall auf der Welt.

„Mein Name ist Herrenknecht, wir bauen Tunnelvortriebsmaschinen.“ So umstandslos stellt er sich auch im Prunksaal des Rathauses der Hafenstadt Santos vor. Der 68-Jährige greift zum Mikrofon, kneift die buschigen Augenbrauen zusammen und ist schnell auf Betriebstemperatur. Auch in Brasilien sind Großprojekte eine komplizierte Angelegenheit, aber wenigstens muss man sich hier nur mit der Büro-

kratie und nicht auch noch mit Bevölkerung oder Baumschützern rumschlagen.

Ein launiges Lob auf den brasilianischen Fußball, dann erklärt er, wie die Container, die am Hafen von Santos anlanden, zügig in die Millionenmetropole São Paulo transportiert werden könnten. Eine neue Brücke würde viel zu hoch und viel zu teuer. Die Lösung: ein Tunnel, natürlich. Der Bürgermeister nickt. „Ich bin auch der Auffassung, dass ein Tunnel große Vorteile hätte“, sagt er.

Einen Großteil seines Umsatzes macht Herrenknecht mit solchen Geschäften, Deutschland steuert nur noch weniger als zehn Prozent bei. Finanziell ist er auf Aufträge wie Stuttgart 21 gar nicht angewiesen, aber dort geht es ums Prinzip:



Unternehmer Herrenknecht: „Konflikte hoch drei – zum Schaden der Wirtschaft“

gewählt wurde, aber der Untergang seines Ländles scheint für einen Unternehmer wie Herrenknecht mit der Aussicht auf die erste grün-rote Landesregierung so gut wie besiegelt. Die Grünen-Chefin Roth repräsentiert in diesem Drama die Apokalypse, Herrenknecht badisch-schwäbischen Unternehmerteil.

Er sitzt in einem Bus, der ihn und einige andere deutsche Mittelständler samt Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) gerade zum Amtssitz des deutschen Konsuls bringt. Eigentlich will er auch hier für seine riesigen Maschinen werben. Überall auf der Welt baut er damit gigantische Tunnel – in Shanghai wie in der Schweiz und bald vielleicht auch wieder hier, in Brasilien. Nun würde er

ler, die dem Südwesten der Republik zur größten Dichte unternehmerischer Weltmarktführer verholfen haben. Und jetzt ist der Mann bitter enttäuscht.

Irgendwo zwischen den Kapverden und dem brasilianischen Festland hat er im Flieger die ersten Hochrechnungen hingenommen wie eine Ohrfeige. Kaum ist er gelandet, telefoniert ihm sein Sohn die Stimmung zu Hause durch. Claudia Roth, mit der sich Herrenknecht in einer Talkshow mal ordentlich gezoft hat, ausgerechnet sie jubelt nun im Fernsehen. „Diese Frau! Die hört heute überhaupt nicht mehr auf zu reden“, poltert der Patriarch im Bus.

Herrenknecht kennt sich aus mit tektonischen Verwerfungen, erlebt aber gerade ein Erdbeben neuer Art. Zwei Lager,

Das Projekt gilt ihm als Testfall, ob Deutschland noch mithalten kann und will im Wettlauf der Wirtschaftsnationen. „Der, der die beste Infrastruktur hat, gewinnt“, sagt Herrenknecht.

Die Grünen hätten davon nichts kapiert. Wo er von Technik redet, sprächen die vom Tempolimit. „In der Koalition mit der SPD gibt das Konflikte hoch drei – zum Schaden der Wirtschaft“, raunzt er. „Die Grünen müssen erst mal beweisen, ob sie in der Lage sind, den Technologiestandort Baden-Württemberg zu regieren.“

Über 3000 Leute arbeiten heute für Herrenknecht, der es einst über den zweiten Bildungsweg zum Diplomingenieur an der Fachhochschule Konstanz brachte, bevor er 1977 mit 25 000 Mark Startkapital in einer kleinen Ingenieurkllitsche loslegte. Heute plant er von seiner Heimat Schwanau zwischen Karlsruhe und Basel stählerne Riesenfräsen für die U-Bahn in Caracas wie für den Gotthard-Tunnel in der Schweiz, den längsten der Welt.

652 Kilometer U-Bahn und 156 Kilometer Straßentunnel habe er bis vergangenes Jahr der Welt beschert. Doch ausgerechnet in seiner Heimat soll er nicht mehr bohren dürfen? Grün-Rot nimmt der Mann mit dem ganz besonderen Tunnel-Blick als persönliche Beleidigung wahr. Während er sich durch die Welt gebuddelt hat, veränderte sich oben in seiner Heimat die Statik.

Maulwürfe sind so emsig wie betriebsblind. Herrenknecht hat die politischen Veränderungen nicht kommen sehen. In der Partei des neuen Ministerpräsidenten hat er nun kaum Freunde. Vereinzelte Kontakte mit den Grünen beerdigte er in der Schlacht um Stuttgart 21. „Er hat mir damals schriftlich die Freundschaft aufgekündigt“, sagt Alexander Bonde, Grünen-Bundestagsabgeordneter aus der Heimat von Herrenknecht. Der Unternehmer macht für das Wahldebakel vor allem Tagespolitik verantwortlich: „Fünf Prozent Japan, zwei Prozent Brüderle“, sagt er. Neben der Atomkatastrophe habe der Fauxpas des geschwätigen Wirtschaftsministers, der Merkels Atomwende als Wahlkampfmanöver enttarnt hatte, die CDU Punkte gekostet.

Aber vielleicht ist der Südwesten doch noch zu retten? Der künftige Grünen-Ministerpräsident Winfried Kretschmann gilt nicht gerade als linksradikal. Und von Umwelttechnologien profitieren längst auch viele erfindungsreiche Firmen im Südwesten. Die alten Gräben gibt's vielleicht gar nicht mehr?

Selbst Herrenknecht hat sich frühzeitig ein bisschen Pragmatismus gegönnt: Im Wahlkampf hat er nicht nur die CDU finanziell unterstützt. Auch die SPD bekam eine kleine Spende ab. Und die ist für S 21.

Maulwürfe sind zwar verbohrt Wesen. Aber sie haben doch auch einen siebten Sinn für Gefahren.

PETER MÜLLER



MARTIN STORZ / DER SPIEGEL

GELDANLAGE

## Rabatt statt Rat

Ein Versicherungsvermittler will zugunsten seiner Kunden auf die Provisionen der Konzerne verzichten. Das verbietet ihm ein uraltes Gesetz. Nun klagt er.

**D**er Test war aufgebaut wie im Lehrbuch. Eine Studentin gab vor, Rat in Sachen Altersvorsorge zu suchen. Ihr Monatseinkommen: 850 Euro, gerade genug zum Leben. Jeder Versicherungsvertreter sollte da abwinken. Doch der jungen Frau, die für eine Verbraucherzentrale mit etlichen Vermittlern sprach, wurde ein Vertrag nach dem anderen vorgelegt, denn die Provisionen für die Verkäufer sind bei Lebens- und Rentenversicherungen besonders hoch.

Vier Prozent der Vertragssumme gelten als durchaus üblich. Wenn ein Kunde im Laufe der Jahre 50 000 Euro an Beiträgen einzahlt, macht das 2000 Euro. Entsprechend tendenziös fällt oft die Beratung aus.

Uwe Lange, Unternehmer aus dem schwäbischen Weinstadt, will alles anders machen. Der Inhaber des Fondsverkäufers AVL will Lebens- und Rentenversicherungen online verkaufen. Ohne Beratung – der Kunde soll sich selbst schlau machen. Lange will auf die üppigen Vermittlerprovisionen verzichten und nur an den überschaubaren Verwaltungsgebühren seiner fondsgebundenen Produkte verdienen. Getreu dem Discounterprinzip: Die Masse macht's.

Dafür muss Lange aber erst einmal vor Gericht. Der Grund: Ein Gesetz aus dem Jahr 1934 verbietet „Sondervergütungen“ für den Kunden – also auch die Rückerstattung von Provisionen. Sollte Lange die antiquierte Vorschrift tatsächlich kippen, würde das gesamte Geschäftsmodell

**Geschäftsführer Lange**

„Bis zum Europäischen Gerichtshof“

der Versicherungsindustrie erschüttert. Denn die Provisionen, die die Assekuranten festlegen, sind nicht nur für die Verkäuferzunft wichtig. Sie sind ein Grund dafür, dass überhaupt „so viel Unsinn auf dem Markt ist“, glaubt Kerstin Becker-Eiselen von der Verbraucherzentrale Hamburg.

Ein Heer von 260 000 selbständigen Versicherungsvertretern und -maklern sorgt für den Verkauf. 90 Millionen Lebensversicherungen haben die Deutschen: Statistisch hat damit jeder mehr als eine.

Für die Vertreter bedeutet das Milliardenprovisionen. Für den Versicherten heißt das, dass er mit seinen Beiträgen erst einmal den Verkäufer bezahlt – oft über viele Monate hinweg.

Wie lange genau, verrät ihm niemand. Der Gesetzgeber zeigt sich großzügig beim Thema Transparenz: Einzig die Abschlusskosten einer Police, die gleich zu Beginn der Vertragslaufzeit fällig werden, müssen seit 2008 in Euro und Cent angegeben werden. Sie decken Kosten für Werbung und Antragsbearbeitung ab. Ein Großteil allerdings fließt als Vergütung an den Versicherungsvertreter.

Wenn der auf diese Gebühren Rabatte gewährt, droht Ärger. Uwe Lange bekam gar Post von der Finanzaufsicht BaFin, als er seinen ersten 50 Versicherungskunden die Abschlusskosten erließ: Es sei ihm sicherlich „noch nicht aufgefallen“, aber das Sonderangebot verstoße gegen die „Bekanntmachung des Reichsaufsichtsamtes für das Privatversicherungswesen vom 8. März 1934“. Dagegen will Lange nun vor Gericht ziehen. „Notfalls bis zum Europäischen Gerichtshof“, sagt er.

Beiden Seiten geht es ums Grundsätzliche. Deshalb macht auch die Versicherungsbranche mobil: Eine Änderung der geltenden Regeln werde einer „Geiz-ist-geil-Mentalität“ Vorschub leisten, heißt es beim Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute. Der Verband der Versicherer GDV warnt vor „übereilten Vertragsschlüssen“ ohne Beratung.

Juristen räumen Branchenrebell Lange indes gute Chancen ein. Das deutsche Rabattverbot verstoße gegen die Gewerbefreiheit und gegen Europarecht, heißt es. „Rein rechtlich sollte es abgeschafft werden“, sagt sogar der Berliner Anwalt Norman Wirth – der gleichzeitig geschäftsführender Vorstand eines kleineren Vertreterverbandes ist.

Und der Gesetzgeber? Der gibt sich angesichts der heftigen Reaktionen abwartend. Das Bundesfinanzministerium will vorerst nichts an dem Uraltparagrafen ändern. Zunächst werde der Ausgang des Rechtsstreits abgewartet, den Lange angezettelt hat.

ANNE SEITH